

[Anrede]

[Dank für die Einladung]

- Wenn Sie mich kennen, wissen Sie:
 - Ich bin ein Freund des ehrlichen Wortes
 - Und ich schätze eine scharfe These in der politischen Debatte
 - Und viele von Ihnen erwarten von mir auch heute deutliche Worte...

- Und natürlich ist es unsere Rolle als Europäisches Parlament,
 - ehrliche Debatten zu führen
 - Und die Arbeit der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten kritisch zu begleiten
 - Und – das sage ich gleich vorneweg – im Straßenverkehr gibt es da viel zu sagen.

- Meine Botschaft im Namen des Verkehrsausschusses ist klar und deutlich:
 - Wir unterstützen Sie, Frau Kommissarin! Wir stehen hinter Ihnen!
 - Und wir fordern Sie sogar auf, Ihre Vorhaben mit Hartnäckigkeit und Ehrgeiz zu verfolgen!
 - Ich sage Ihnen, Frau Bulc: Nicht nur “Yes, you can!” Ich sage auch: “Yes, you must!”

- Zu Beginn Ihrer Amtszeit hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Ihnen in Ihrem „Mission Letter“ aufgetragen:
 - Für ein effizientes Funktionieren der Infrastruktur und des Binnenmarktes zu sorgen;
 - Den Verkehr in den Klimaschutz einzubinden;
 - Dafür zu sorgen, dass das „Verursacher-Prinzip“ („polluter pays principle“) angewendet wird;
 - Und für das Zusammenwachsen der Märkte bei vollem Respekt der Sozialstandards und -gesetze zu sorgen

- Ich freue mich, Ihnen heute im Namen des Europäischen Parlaments sagen zu können:
 - Nicht mehr, aber auch nicht weniger erwarten wir vom „Road Package“;
 - Wir sehen dieses Paket als eine der zentralen Herausforderungen Ihrer Amtszeit!

- Unser Ausschuss hat seine Erwartungen in zwei Berichten klar formuliert:
 - Im Bericht von Wim van de Camp zur Zwischenbilanz beim „Weißbuch Verkehr“
 - Und, vor wenigen Tagen erst, in der Stellungnahme von Jens Nilsson zum „Sozialdumping in der EU“

- Auf Basis dieser zwei politischen Dokumente möchte ich nun genauer erläutern,
 - wo unser Ausschuss die zentralen Herausforderungen sieht
 - und wo er Antworten auf EU-Ebene erwartet

- Die drei Bereiche, in denen wir Handlungsbedarf sehen, decken sich mit den Feldern, in denen die Kommission aktiv ist;
- Nämlich:
 - Beim Funktionieren des Binnenmarkts auf der Straße,
 - Bei der Kontrolle und Durchsetzung der Arbeits- und Sozialregeln;
 - Und bei der Anrechnung der wahren Kosten des Verkehrs – Internalisierung der externen Kosten – hier vor allem in Form der Maut;
- Beginnen wir mit den Herausforderungen für das Funktionieren des Binnenmarktes
- Im van de Camp Bericht hat das Parlament klar gefordert:
 - Die gemeinsamen Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (also Verordnung 1072/2009) zu prüfen und wo nötig zu präzisieren;
 - Und besonders die Dienstleistungsfreiheit wirksamer von der Niederlassungsfreiheit abzugrenzen;

- Denn die Wahrheit ist:
 - Einige Unternehmen ignorieren die Regeln des Binnenmarkts,
 - Installieren Briefkastenfirmen
 - Und senden LKW-Fahrer dauerhaft – über Monate – ins Ausland;
 - Die Beschäftigten müssen unter oft katastrophalen Bedingungen leben.
 - Die deutsche Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ bezeichnete diese Praxis vor kurzem als „moderne Sklaverei“

- All das ist kein fairer Wettbewerb!
- Und faire Unternehmen haben keine Chance!
- All das müssen wir ändern!

- Das ist kein Konflikt zwischen Ost und West, oder Nord und Süd
 - Denn hinter solchen Geschäftspraktiken stehen europaweit organisierte Unternehmen und Netzwerke
 - Und der Schaden entsteht den ehrlichen Unternehmen, den Beschäftigten und den Steuerzahlern überall
 - Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein!

- Es sollte deshalb klar sein:
 - Wir unterstützen den offenen Binnenmarkt,
 - Aber wir haben immer gesagt, dass das den Respekt der Gesetze verlangt
 - Denn die Grundsätze des Binnenmarktes sind eine delikate Balance
 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – das ist unabdingbar für die weitere Existenz der Europäischen Union

- Und dafür haben ich auch die Unterstützung von Kommissionspräsident Jean Claude Juncker, der am 6. Oktober 2015 Folgendes gesagt hat: „Ich bin überzeugt, dass Europa nur dann erfolgreich ist, wenn seine Wirtschaft sowohl stark als auch fair ist. Ich nehme die Sorgen um potentielle Fälle von Missbrauch und die Gefahr von Sozial-Dumping sehr ernst.“

- Deshalb hat unser Ausschuss auch beschlossen:
 - Dass wir jedwede weitere Liberalisierung der Kabotage ablehnen, bis die Umsetzung des derzeitigen rechtlichen Rahmens gewährleistet ist;

- Und dass zum Beispiel Mautdaten zur Kontrolle der Kabotage-Regeln genutzt werden können;
- Also:
 - Binnenmarkt ja,
 - Unfaire, illegale Praktiken: nein
 - Hier muss die Kommission als „Hüterin der Verträge“ nacharbeiten!
- Es klang bereits an:
 - Das Funktionieren des Binnenmarkts und die soziale Frage im Verkehr lassen sich nicht trennen;
 - Jeder, der mit offenen Augen auf Europas Straßen unterwegs ist, sieht die Notwendigkeit der Änderung!
- Wir haben uns in den letzten Monaten im Ausschuss sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigt:
 - Mit Unternehmen, ArbeitnehmerInnen und Kontrollbehörden gesprochen;
 - Und bei der Stellungnahme zum Sozialdumping hart um Kompromisse gerungen – mit Erfolg!

- Was also erwartet unser Ausschuss, damit auf unseren Straßen keine Zustände wie im Wilden Westen herrschen?

- Vor allem eines – und das passt bestens zum Motto der Kommission, „Better Regulation“:
 - Nicht neue Gesetze
 - Sondern mehr Kontrolle der bestehenden Gesetze
 - Und Nachbesserungen – nur wo nötig

- Dabei können wir
 - – und das, liebe Violeta Bulc – ist eines Ihrer Lieblingsthemen,
 - Auf neue Technologien setzen!
 - Besonders auf vernetzte IT-Systeme und den digitalen Tachographen
 - Warum sollen erst in 20 Jahren alle LKW mit dem digitalen Tachographen ausgerüstet sein – und nicht schon jetzt?

- So fordert unser Ausschuss:
 - die Schaffung einer „elektronischen und integrierten Datei“ für alle Unternehmen
 - so dass bei Straßenkontrollen alle relevanten Daten über Fuhrunternehmen, Fahrzeug und Fahrer zur Verfügung stehen
 - und natürlich scharfe Sanktionen, die nicht aus der Portokasse bezahlt werden können.
 - Das klingt einfach, wäre aber ein wahrer Durchbruch.
 - denn viele illegale Konstrukte würden schnell auffliegen!

- Außerdem fordern wir:
 - Einen Sozialkodex für die sehr mobilen Angestellten im Verkehr;
 - Sie müssen ein Leben haben, ihre Familie sehen
 - Uns berichteten LKW-Fahrer, dass sie selbst zur Geburt ihres Kindes am anderen Ende Europas unterwegs sein mussten;
 - Und über Monate in ihrem Führerhaus leben, unter unwürdigen Bedingungen

- Und während ihrer 8-monatigen Arbeit in Westeuropa wurden Sie mit dem rumänischen Mindestlohn von knapp 250 Euro bezahlt
- Und nur nach den gefahrenen Kilometern, nicht nach der Arbeitszeit wurden sie bezahlt.
- Uns berichtete eine Polizeidienststelle,
 - dass Fahrer anrufen und um Kontrolle bitten
 - weil deren Chefs ihnen auch nach 17 Stunden Fahrzeit keine Pause genehmigten
- Das ist nicht nur unsozial, das ist auch brandgefährlich!
- Ich behaupte:
 - Das können wir gemeinsam ändern!
 - Das ist nicht zu viel verlangt.

- Und drittens arbeitet die Kommission an einem sauberen, auch finanziell nachhaltigeren Straßenverkehr
- Und – wie ich immer betone:
 - Gibt es hier viel zu tun
 - Denn der Verkehr ist für ein Viertel aller CO-Emissionen der EU verantwortlich.
 - Und hat als einziger Sektor seinen CO₂-Ausstoß seit 1990 gesteigert. Während es gelang, sie in der Industrie um -38% und in den Haushalten um -24% zu senken, sind sie im Verkehr um +22% gestiegen. Der Verkehrs macht also all das doppelt und dreifach zunichte, was wir in anderen Sektoren mit Milliarden unserer Steuergelder erreicht haben. Deshalb: Ohne eine Verkehrswende werden wir den Klimawandel nicht stoppen!
 - Und innerhalb des Verkehrssektors ist der Straßenverkehr für über 70% der Emissionen verantwortlich
- Es gibt also viel zu tun – gerade auch angesichts der Ergebnisse des Pariser Klimagipfels!

- Unser Parlament:
 - Fordert konkrete Vorschläge zur Anrechnung der wahren Kosten des Verkehrs („Internalisierung der externen Kosten“)
 - Und die Anwendung des „Verursacher-Prinzips“ („polluter pays principle“)
 - Auf Basis einer gemeinsamen, kohärenten und transparenten EU-Methodik;
 -
- Davon sind wir weit entfernt:
 - Eine vor Kurzem erschienene Studie zeigt:
 - LKW verursachen jedes Jahr 143 Milliarden Euro Kosten in der EU
 - Aber nur ein Drittel davon decken sie mit Steuern, Abgaben und Mautgebühren selbst ab
 - Was die Straßen-Maut betrifft, so ist es eine freiwillige Entscheidung der Mitgliedstaaten, ob sie sie erheben. Zudem ist sie gedeckelt, damit in Österreich die Maut nicht so hoch ist, wie in der Schweiz, wo sie dreimal so hoch wie in Deutschland ist, wo die Maut nur auf Autobahnen und einigen Bundesstraßen und nur für LKW ab 7,5 Tonnen erhoben wird.

- Weil die Straßenmaut im Gegensatz zur Schienenmaut nicht EU-weit geregelt ist - jede Lokomotive muss EU-weit auf jedem Kilometer eine Maut bezahlen - ist das umweltfreundliche Schienennetz zu 100% bemautet. Beim klimaschädlichen Straßenverkehr sind es lediglich 0,9%.
- Entweder alle zahlen eine Maut – oder keiner. Gleiches Recht für alle!
- Schaut man auf die Verbrauchs- und Abgaswerte zeigt sich:
 - Bei vielen Herstellern hat sich seit den 1980er-Jahren nichts getan,
 - Manche LKW-Modelle verbrauchen heute sogar mehr als damals!
 - Und die technischen Fortschritte werden durch größere und schwerere LKW oft zunichte gemacht
- Und wir alle wissen:
 - Die Infrastruktur ist vielerorts in einem schlechten Zustand
 - Das führt auch zu vielen Unfällen
 -

- Es ist eine Frage der Fairness,
 - Dass die wahren Kosten angerechnet werden,
 - Und keine diskriminierenden Mautsysteme erlaubt werden, die einseitig ausländische Fahrzeuge belasten wollen
 - Und auch die Vignette ist nicht akzeptabel, weil damit Vielfahrer genauso viel bezahlen müssen wie Wenigfahrer.
 - Da ich aus Deutschland komme, darf ich das sagen: Die „PKW-Maut für Ausländer“ ist mit dem EU-Recht nicht vereinbar – und sie ist unsozial!

- Deshalb fordert unser Ausschuss:
 - Dass die EU weiter Vorreiter in Sachen Mobilität und Klimaschutz bleibt,
 - Den jeweils energieeffizientesten Verkehrsmodi den Vorzug gibt
 - Für faire und interoperable Mautsysteme sorgt;
 - Und dabei auch PKW und leichte Nutzfahrzeuge unter und über 3,5 Tonnen nicht vergisst

- Sie sehen, Frau Kommissarin Bulc:

- Unser Ausschuss und ich, wir machen es Ihnen eigentlich leicht
- Wir fordern nichts Verrücktes!
- Wir fordern nichts Unmögliches!

- Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments fordert Dinge, die perfekt zu Ihrem Ansatz der „better regulation“ passen:
 - Wir wollen einen fairen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt,
 - Wir wollen die Einhaltung der Sozialregeln- und Gesetze,
 - Wir wollen die gerechte Anrechnung der Kosten
 - Und wir wollen einen sauberen Straßenverkehr – im Sinne unserer Gesundheit, Lebensqualität und der Zukunft unseres Planeten

- Denn wir wissen:
 - Ohne eine Veränderung der Mobilität werden wir den Klimawandel nicht stoppen.
 - Das aber ist notwendig, damit unsere Kinder – und auch der frische Nachwuchs meiner drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – eine Lebensperspektive auf diesem Planeten haben!
 - Wir im Europaparlament sind überzeugt: Wir können die Mobilität sichern und das Klima schützen.
 - Deshalb muss der Verkehr nachhaltig, fair und sozial gerecht sein.